



HESSISCHER LANDTAG

09. 02. 2011

Dem
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
überwiesen

**Dringlicher Berichts Antrag
des Abg. Frank-Peter Kaufmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion
betreffend Vergabe der Lärmwirkungsstudie für den Flughafen
Frankfurt**

Mit Datum vom 11. Januar 2011 hat das Umwelt- und Nachbarschaftshaus des Forum Flughafen & Region (FFR) seine "Aufforderung zur Abgabe eines Angebots für die Vergabe von Leistungen zur Durchführung einer Lärmwirkungsstudie" (Aufforderung) herausgegeben, nach der bis zum 31. Januar die Angebote eingereicht werden mussten. Gegenwärtig findet die Verhandlungsphase mit den Anbietern und dem Ziel des endgültigen Abgabetermins bis zum 7. März statt.

Im Vorfeld der Ausschreibung war der Landtag an der Gestaltung der Lärmwirkungsstudie beteiligt und hat seine Vorstellungen mit Beschluss der Drucksache 18/3306 formuliert. Danach wurde u.a. ein modularer Aufbau der Studie empfohlen. Besondere Bedeutung für alle Fraktionen hatte nach ihren Aussagen in der Diskussion zu diesem Antrag die zusätzliche Einbeziehung einer epidemiologischen Fallkontrollstudie auf der Grundlage anonymisierter Krankenkassendaten in das Gesamtdesign der Lärmwirkungsstudie.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Von wem wurde die o.a. Aufforderung abschließend formuliert und in der veröffentlichten Form beschlossen?
2. In welcher Weise war die Landesregierung hieran beteiligt?
3. Wie und von wem werden die Verhandlungen mit den Bietern (Seite 12 der Aufforderung) seitens des Auftraggebers vorbereitet und durchgeführt?
4. Auf welche Weise wird der Inhalt der Verhandlung dokumentiert und in den Entscheidungsprozess eingebunden?
5. In welcher Weise werden die Gremien des FFR am Vergabeverfahren beteiligt?
6. Durch wen werden die Vergabeentscheidungen im Einzelnen getroffen?
7. Welche professionellen Beratungsleistungen werden im Vergabeverfahren benötigt und/oder hierbei in Anspruch genommen?
8. In welcher Weise wirkt die Landesregierung an dem Vergabeprozess mit?
9. In welcher Weise trägt die Landesregierung dafür Sorge, dass der Beschluss des Landtags vom 2. Dezember 2010 bei der endgültigen Auftragserteilung beachtet wird?

10. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Durchführung der Lärmwirkungsstudie auch die Aufgabe hat, die Sorgen der Menschen, die rund um den Flughafen Frankfurt leben, sachgerecht aufzunehmen und ihre berechtigten Fragen nach den Fluglärmwirkungen in wissenschaftlich korrekter Weise zu beantworten?
11. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung verhindert werden, dass durch die Methode der Auftragsvergabe für die Lärmwirkungsstudie bestimmte Untersuchungsmethoden anderen gegenüber bevorzugt werden?
12. Inwieweit sieht die Landesregierung die Vorgabe der modularen Konzeption der Studie weiterhin gewährleistet, obwohl durch die Aufforderung nicht nur eine Auftragsvergabe für einzelne Module (Lose) ausgeschlossen wurde, sondern den Anbietern auch noch ausdrücklich untersagt war, auf Module bezogene Teilangebote einzureichen?
13. Welche sachlichen Gründe verbieten es nach Auffassung der Landesregierung, die Module der Studie ggf. an unterschiedliche Anbieter zu vergeben?
14. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung verhindert werden, dass durch die einheitliche Gesamtvergabe Einbußen der spezifischen wissenschaftlichen Qualität bei der Bearbeitung einzelner Module auftreten?
15. Wie kann nach Auffassung der Landesregierung die Gleichwertigkeit unterschiedlicher methodischer Untersuchungsansätze innerhalb der Studie sichergestellt werden, wenn nur eine wissenschaftlich verantwortliche Leitung für die Gesamtstudie für alle Bereiche trotz der Interdisziplinarität der Aufgabe vorgegeben ist?
16. Wie will die Landesregierung verhindern, dass durch die vorgesehene Punktvergabe bei der Angebotsbewertung speziell die epidemiologischen Ansätze relativ benachteiligt werden?
17. Hält die Landesregierung nach den Vorgaben der Ausschreibung eine Vergabe der Lärmwirkungsstudie auch dann für möglich, für sinnvoll oder gar für unvermeidlich, wenn der epidemiologische Studienteil auf der Basis von Krankenkassendaten nicht den wissenschaftlichen Anforderungen genügt?
18. In welchem Umfang werden für die Finanzierung der Lärmwirkungsstudie Mittel aus dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen verwendet?
19. Aus welchen Gründen begründet die Aufforderung das "beschleunigte Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb" mit den Voraussetzungen des Konjunkturpakets II?

Wiesbaden, 8. Februar 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Frank-Peter Kaufmann